



## **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 11 vom 7.6.2012**

---

### *Inhalt*

#### **SCHWERPUNKT-THEMA: FREIWILLIGENDIENSTE**

- Christa Perabo: Bundesfreiwilligendienst - Erfolgs- oder Übergangsmodell?
- Jens Kreuter: Der Bundesfreiwilligendienst als Lerndienst
- Gisela Jakob: Verdienstlichung des Engagements
- Kerstin Hübner: Aktuelle Situation der Freiwilligendienste
- Bundesfreiwilligendienst: DRK-Statistik und Forderungen

#### **LÄNDERBERICHTE**

- Schleswig-Holstein: Demokratiepolitische Akzente im Koalitionsvertrag
- »Liken, teilen, was bewegen« in Rheinland-Pfalz
- 1:1 Jugendmentoring - Jugendliche als Bildungsgewinner
- »Miteinander in Hessen« - Impuls für Bürgerstiftungslandschaft

#### **AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG**

- Freiwilligendienst älterer Generationen: Gesetzesinitiative
- Beteiligung in Planungsverfahren: Gesetzentwurf eingebracht
- Bürokratieabbau und Ehrenamt: Jahresprogramm beschlossen
- Zehn Jahre BE-Enquete-Bericht: Zu wenig Bürokratieabbau
- Jahressteuergesetzentwurf 2013: Stellungnahme der BAGFW
- Verfassungsschutz und Jahressteuergesetzentwurf 2013
- Unterausschuss BE: Protokoll zur 24. Sitzung
- Eckpunktepapier Open Government: Online-Konsultation

## AKTUELLES AUS DEM BBE

- 10 Jahre BBE
- Arbeitsgruppe 5 »Migration und Integration«: 35. Sitzung
- Ad Hoc Gruppe BE und Forschung
- Der Countdown läuft: Bis zum 2. Juli für die Civil Academy bewerben!
- Themenseite »Europa und Internationales« grundlegend überarbeitet
- Stellenausschreibung: Projektassistenz für Civil Academy

## FACHDISKURS

- Innovationspreis der bagfa: Ausschreibung
- Kampf gegen Rechtsextremismus: PHINEO-Ausschreibung
- Bürger und Verwaltung: Veranstaltung
- Vernetzt denken und handeln: Generali Zukunftssymposium
- Menschenrechte und Internet: Publikation
- Hinweis

## SCHWERPUNKT-THEMA: FREIWILLIGENDIENSTE

*nach oben*

### Christa Perabo: Bundesfreiwilligendienst - Erfolgs- oder Übergangsmo- dell?

Die Entwicklung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) kommentiert Dr. Christa Perabo, Sprecherin der AG »Freiwilligendienste« des BBE. In ihrem Beitrag stellt sie die aktuellen Diskussionsschwerpunkte und die daraus abgeleiteten Forderungen dar: die positiven Seiten der Entwicklung der Freiwilligendienste, die Umsetzungsprobleme beim BFD, die ausstehende Gestaltung der Qualifizierung und Begleitung von über 27-jährigen BFDlern, die Frage der Arbeitsmarktneutralität des BFD, die nach wie vor ungelösten strukturellen Probleme des BFD und die Frage, wie der gute Ansatz des Freiwilligendienstes aller Generationen (FDaG) Kontinuität gewinnen kann.

Gastbeitrag Christa Perabo unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_perabo.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_perabo.pdf) (174 kB)

*nach oben*

## **Jens Kreuter: Der Bundesfreiwilligendienst als Lerndienst**

»Der Bundesfreiwilligendienst fördert das lebenslange Lernen.« (§1, Bundesfreiwilligendienstgesetz). Darin sieht Dr. Jens Kreuter, Leiter des Arbeitsstabes Freiwilligendienste im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die verbindliche Richtschnur für die gesamte Umsetzung und Ausgestaltung des BFD. Dabei geht es sowohl um informelle Bildung im Engagement als auch um die formelle, begleitende Bildung. Orientiert am Vorbild der Jugendfreiwilligendienste steht dabei allerdings der Bund auch in besonderer Verantwortung für die pädagogische Begleitung, da er beim BFD selbst Vertragspartner der Freiwilligen ist. Kreuter sieht den BFD gut aufgestellt, um das »Erfolgsmodell« der diversen Freiwilligendienste auch beim BFD fortzusetzen.

Gastbeitrag Jens Kreuter unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_kreuter.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_kreuter.pdf) (131 kB)

*nach oben*

## **Gisela Jakob: Verdienstlichung des Engagements**

Freiwilligendienste entwickeln sich zu einem »Allround«-Instrument der Engagementförderung, das insbesondere von den politischen Akteuren in Bund, Ländern und Kommunen forciert wird, diagnostiziert Dr. Gisela Jakob, Professorin an der Hochschule Darmstadt. Widerspruch aus der Zivilgesellschaft gegen diese Verdienstlichung der Engagementförderung hält sich bisher sehr in Grenzen, obwohl die staatliche Funktionalisierung des Engagements deutlich erkennbar ist. Auch die Aushebelung des Trägerprinzips durch das in Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) umgetaufte frühere Bundesamt für Zivildienst dokumentiert für Jakob, dass die Konstruktion des Bundesfreiwilligendienstes dem Subsidiaritätsprinzip widerspricht. Staatliche Engagementpolitik zielt zurzeit vor allem darauf ab, mit standardisierten Instrumenten bürgerschaftliches Engagement zu steuern und auf die Bürgerinnen und Bürger als kostengünstige Dienstleister zuzugreifen.

Gastbeitrag Gisela Jakob unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_jakob.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_jakob.pdf) (172 kB)

*nach oben*

## **Kerstin Hübner: Aktuelle Situation der Freiwilligendienste**

Im Zuge der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes haben sich die Freiwilligenlandschaft, die in ihr wirkenden Akteure, die zur Verfügung stehenden Mittel und die unterschiedlichen Interessen vermehrt. Kerstin Hübner, Referentin für Freiwilligendienste und »Kultur macht Schule« bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. analysiert die aktuelle Situation der Freiwilligendienste und die Entwicklungsaufgaben. Beispielhaft skizziert sie diese mit den Stichworten Zivilgesellschaft, Arbeitsmarktneutralität, Engagement/ Ehrenamt, Gemeinwohlorientierung, Bildung und Qualität. Entscheidend für eine pro-

duktive Weiterentwicklung der Freiwilligendienste ist aus ihrer Sicht die Aufrichtigkeit der Diskurse, die von Fachlichkeit, nicht von Ideologie geprägt sein sollten. Bei dem Beitrag handelt es sich um eine gekürzte Fassung eines Vortrags im Rahmen der Tagung »FSJ, Bufdi und Co. Neue Perspektiven für Freiwilligendienste« in der Evangelischen Akademie Bad Boll am 23. und 24. April 2012.

Gastbeitrag Kerstin Hübner unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_huebner.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_huebner.pdf) (152 kB)

*nach oben*

## **Bundesfreiwilligendienst: DRK-Statistik und Forderungen**

Am 8. Mai 2012 stellte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) eine erste Statistik zum Bundesfreiwilligendienst vor. In Kurzform lautet sie: Bufdis sind beim DRK mehrheitlich männlich, jung und gut ausgebildet. Gerade auch in geschlechtlicher Hinsicht weicht die Zusammensetzung damit vom Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) deutlich ab. Dabei wies DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters darauf hin, dass das DRK doppelt so viele Plätze wie verfügbar hätte besetzen können. Er kritisierte, dass sich das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BafZA) über 12.000 Plätze selbst gesichert habe. Seiters forderte die Bundesregierung auf, die Freiwilligendienste den freien Trägern zu überlassen und nicht mit ihnen in Konkurrenz zu treten.

Weitere Informationen unter <http://www.drk.de/pressemeldungen/meldung/7110-erste-drk-statistik-zum-bundesfreiwilligendienst-maennlich-jung-und-gut-ausgebildet-mehr-b.html>

*nach oben*

## **LÄNDERBERICHTE**

*nach oben*

### **Schleswig-Holstein: Demokratiepolitische Akzente im Koalitionsvertrag**

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und Südschleswigischem Wählerverband für Schleswig-Holstein setzt v.a. demokratiepolitische Akzente, enthält aber kein eigenes Kapitel zur Engagementförderung. Geplant sind mehr Bürgerbeteiligung bei der Verkehrsplanung (S. 26) und bei der Umsetzung der Energiewende (S. 38), die Stärkung der Bürgerbeteiligung (S. 57 ff.) durch Erleichterung von Bürgerbegehren, eine Senkung der Hürden für Volksinitiativen auf Landesebene und mehr Transparenz sowie verbesserten Zugang zu Informationen. Das Land wird sich auf Bundesebene für die Abschaffung der sog. »Extremismusklausel« bei Zuwendungen einsetzen. Die Jugendfreiwilligendienste sollen gestärkt werden (S. 45): Rückgängig gemacht werden sollen die von der Vorgängerregierung eingeführten Kürzungen bei Freiwilligem Ökologischem Jahr (S. 41) und Freiwilligem Sozialen Jahr (S. 45), Menschen mit Migrationshintergrund sollen stärker einbe-

zogen werden (S.45). Eingeführt werden soll das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände (S. 42).

Koalitionsvertrag unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_koalitionsvertrag.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_koalitionsvertrag.pdf) (704 kB)

*nach oben*

## **»Liken, teilen, was bewegen« in Rheinland-Pfalz**

Am 8. Mai 2012 startete in Mainz offiziell das »jugendforum rlp«, durchgeführt von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung im Rahmen der Initiative »jungbewegt - Dein Einsatz zählt.« Das »jugendforum rlp« soll zur Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Beteiligung junger Menschen in Rheinland-Pfalz beitragen, in dem sich Online- und Offlineelemente abwechseln und sinnvoll ergänzen. Es wird von dafür eigens fortgebildeten engagierten Jugendlichen moderiert. Bis November 2012 diskutieren landesweit Jugendliche die aus ihrer Sicht wichtigsten Zukunftsfragen und Probleme, erarbeiten Lösungsvorschläge und werden darauf aufbauend selbst aktiv. Die Ergebnisse der Onlinediskussion sind Grundlage für eine große Jugendzukunftskonferenz am 21. und 22. September 2012 in Mainz. Dort sollen die wichtigsten Themen vertieft und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Am 28. November 2012 werden die Ergebnisse des »jugendforums rlp« von Jugendlichen an Ministerpräsident Kurt Beck übergeben.

Weitere Informationen unter <http://jugendforum.rlp.de>

*nach oben*

## **1:1 Jugendmentoring - Jugendliche als Bildungsgewinner**

Ein besonders wirksames Instrument im Bemühen um eine erfolgreiche Bildungsbiografie für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien stellt das ehrenamtliche 1:1 Jugendmentoring in Berlin dar. Das belegt die Evaluation des Neuköllner Mentoring-Projekts »Hürdenspringer« des Unionhilfswerks, das seit 2009 152 Tandems auf den Weg gebracht hat. Jeweils ein engagierter Erwachsener (Mentor) begleitet eine Schülerin oder einen Schüler (Mentee) auf dem Bildungsweg bis zum Abschluss 10. Klasse und darüber hinaus. Die Evaluation hat gezeigt: So werden in 100 Prozent der Tandems die schulischen Fehlzeiten reduziert und die Schulleistungen der begleiteten Jugendlichen erheblich verbessert. In 90 Prozent der 1:1-Begleitungen wird erfolgreich eine Anschlussperspektive nach der Schule erarbeitet.

Weitere Informationen unter <http://www.huerdenspringer.unionhilfswerk.de>

*nach oben*

## »Miteinander in Hessen« - Impuls für Bürgerstiftungslandschaft

Mit einem Stiftungskapital von 3,7 Millionen Euro hat das Land Hessen die Stiftung »Miteinander in Hessen« im November 2011 gegründet. Ziele sind u. a. die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und die Intensivierung der bestehenden Kooperationen zwischen Stiftungen, Vereinen und Bürgerinitiativen, um dem Engagementsektor zu mehr Schubkraft und höherer Wirksamkeit zu verhelfen. Zum Startschuss von »Miteinander in Hessen« erklärte der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier: »Ich möchte mit der Landesstiftung die Menschen ermutigen, immer dann, wenn sie einen Bedarf oder ein Problem bemerken, nach einer Lösung zu suchen und diese mit Hilfe der Stiftung zu verwirklichen, also selbst Teil der Lösung zu werden.«

Weitere Informationen unter <http://www.miteinander-in-hessen.de>

*nach oben*

## AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

*nach oben*

### Freiwilligendienst älterer Generationen: Gesetzesinitiative

Unter der Federführung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz läuft derzeit eine Bundesratsinitiative für eine gesetzliche Regelung der »Freiwilligendienste aller Generationen«, um ältere Menschen für ein Engagement zu gewinnen (Drucksache des Bundesrates vom 21.5.2012, 297/12). Mit dem Gesetz soll neben dem Bundesfreiwilligendienst ein weiteres, niedrigschwelliges Format verankert werden, das im Unterschied zu anderen Freiwilligendiensten nicht sozialversicherungspflichtig ist und keinen Anspruch auf Taschengeld auslöst. Deshalb soll ein Freiwilligendienst aller Generationen als zweite Säule im Bundesfreiwilligendienstgesetz verankert werden, »um die Dienstform nachhaltig bundesweit zu etablieren«.

Gesetzesinitiative unter

[http://www.bundesrat.de/cln\\_110/SharedDocs/Drucksachen/2012/0201-300/297-12,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/297-12.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_110/SharedDocs/Drucksachen/2012/0201-300/297-12,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/297-12.pdf)

*nach oben*

### Beteiligung in Planungsverfahren: Gesetzentwurf eingebracht

Im aktuellen Reformprozess der öffentlichen Beteiligung an Infrastrukturmaßnahmen sieht sich die Regierungsseite, ungeachtet der Kritik aus der Opposition auf einem guten Weg (BBE-Newsletter 6/2012, 8/2012 und 9/2012). Die Bundesregierung hat am 16. Mai 2012 den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren (PIVereinHG) vorgelegt. Dieser wurde am 24. Mai 2012 im Deutschen Bun-

destag in erster Lesung verhandelt und in die Ausschüsse überwiesen. Insbesondere soll durch eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großvorhaben eine Beschleunigung und mehr Transparenz erreicht werden.

Gesetzentwurf unter <http://dip.bundestag.de/btd/17/096/1709666.pdf>

*nach oben*

## **Bürokratieabbau und Ehrenamt: Jahresprogramm beschlossen**

Die Bundesregierung hat in ihrem Programm »Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung« am 28. März 2012 das »Arbeitsprogramm bessere Rechtsetzung« beschlossen. Darin wird auch das bürgerschaftliche Engagement berücksichtigt: »Der Erfüllungsaufwand wird insbesondere in den folgenden Lebens- und Rechtsbereichen mit dem Ziel einer möglichst weiten Absenkung untersucht: (...). Gemeinnützige Betätigung in unterschiedlichen rechtlichen Organisationsformen sowie ehrenamtliches Engagement«. Es handelt sich um das sechste Arbeitsprogramm der Bundesregierung im Rahmen des seit 2006 laufenden Projekts Bürokratieabbau.

Programm unter

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Buerokratieabbau/Programm/Programm-Ueberblick.html?nn=392426>

*nach oben*

## **Zehn Jahre BE-Enquete-Bericht: Zu wenig Bürokratieabbau**

Vor zehn Jahren legte die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des 14. Deutschen Bundestages ihren Abschlussbericht vor. In einer gemeinsamen Presseerklärung kritisieren der Deutsche Naturschutzring und der Deutsche Kulturrat, dass der in dem damaligen Bericht geforderte Bürokratieabbau für bürgerschaftlich Engagierte und ihre Organisationen kaum vorangekommen sei. Dabei könne durch eine vermehrte Festbetrags- und Anteilsfinanzierung und die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements als Eigenanteil die Arbeit von Engagierten wesentlich vereinfacht werden. Nach wie vor lasse sich ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der Zivilgesellschaft bei staatlichen Akteuren feststellen. Auch die Aktive Bürgerschaft erinnert kritisch an das Zehn-Jahres-Jubiläum. Mal mehr, mal weniger skeptisch bilanzieren Gisela Jakob, Rudolph Speth und Holger Backhaus-Maul die letzten zehn Jahre und deren engagementpolitischen Ertrag - und Stefan Nährlich schaut gleich 10 Jahre in die Zukunft und gratuliert vorab dem BBE schon mal zum 20. Geburtstag im Jahr 2022. Vielen Dank!

Presseerklärung unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2315&rubrik=2>

Aktive Bürgerschaft unter [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2012/10\\_jahre\\_enquete\\_bericht](http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2012/10_jahre_enquete_bericht)

*nach oben*

## **Jahressteuergesetzentwurf 2013: Stellungnahme der BAGFW**

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW) hat am 30. März 2012 eine Stellungnahme zum Referentenentwurf des Bundesministeriums der Finanzen zum Jahressteuergesetz 2013 abgegeben. Dabei geht es, neben dem Bundesfreiwilligendienst, insbesondere um die Themenfelder Umsatzsteuerbefreiung, Zweckbetriebe sowie Mildtätigkeit. So sollen - laut Referentenentwurf - künftig nur Bildungsleistungen im engeren Sinne von der Umsatzsteuer befreit und Leistungen, die der reinen Freizeitgestaltung dienen, von der Umsatzsteuerbefreiung ausgeschlossen werden. Dieses Abgrenzungskriterium halten die Wohlfahrtsverbände bei Bildungs- und Freizeitangeboten für ungeeignet.

Stellungnahme unter [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_stellungnahme.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_stellungnahme.pdf) (88 kB)

*nach oben*

## **Verfassungsschutz und Jahressteuergesetzentwurf 2013**

Die Berichte des Verfassungsschutzes sollen für die Anerkennung bzw. Aberkennung einer Organisation als im steuerlichen Sinn gemeinnützig aufgewertet werden. Dafür soll in der Abgabenordnung laut Jahressteuergesetzentwurf 2013 das Wort »widerlegbar« entfernt werden. Darauf wies bereits der BBE-Newsletter 7 vom 22. März 2012 hin. Mit der vorgesehenen Änderung wird eine Regelung aus 2008 verschärft, die sich ursprünglich gegen den wachsenden Rechtsextremismus richtete. Vor dem Hintergrund der jahrelangen Umtriebe der rechtsterroristischen Terrorzelle NSU überrascht dieses Vertrauen in die Arbeit der Verfassungsschutzämter. Die Tageszeitung taz ist dem Thema weiter nachgegangen und hat Stellungnahmen aus der Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft eingesammelt und am 22. Mai 2012 publiziert.

Artikel unter <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=sw&dig=2012/05/22/a0082&cHash=d307897e0d>

*nach oben*

## **Unterausschuss BE: Protokoll zur 24. Sitzung**

Am 25. April 2012 fand die 24. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages statt. Das Protokoll der Sitzung liegt vor. Inhaltlich ging es um die Europäischen Jahre 2011 und 2012. Mit Jutta König-Georgiades (Europäische Kommission, Generaldirektorin Kommunikation) wurde das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 bilanziert. Zum anderen berichtete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Umsetzung des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 in Deutschland.



Protokoll unter

[http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger\\_eng/Oeffentliche\\_Sitzungen/Protokolle/24\\_\\_Sitzung\\_Kurzprotokoll\\_m\\_\\_Anlagen.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/24__Sitzung_Kurzprotokoll_m__Anlagen.pdf)

*nach oben*

## **Eckpunktepapier Open Government: Online-Konsultation**

Aktuell werden vom IT-Planungsrat von Bund und Ländern gemeinsame Grundsätze für eine abgestimmte Umsetzung von Offenem Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government) in Deutschland formuliert. Der Entwurf des hierzu erarbeiteten Eckpunktepapiers kann in einer Online-Konsultation von der interessierten Öffentlichkeit vom 5. Juni bis zum 22. Juni 2012 diskutiert und kommentiert werden. Die Beiträge und Anregungen werden ausgewertet und sollen bei den abschließenden Beratungen über die Beschlussfassung des Eckpunktepapiers einfließen.

Eckpunkte unter [http://www.b-b-](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_eckpunkte.pdf)

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_eckpunkte.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_eckpunkte.pdf) (29 kB)

Begriffe unter [http://www.b-b-](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_begriffe.pdf)

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11\\_begriffe.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/06/nl11_begriffe.pdf) (33 kB)

Konsultation unter <http://www.e-konsultation.de/opengov/>

*nach oben*

## **AKTUELLES AUS DEM BBE**

*nach oben*

### **10 Jahre BBE**

Am 5. Juni 2002 wurde das BBE auf Empfehlung der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« durch die Mitglieder des damaligen Nationalen Beirats des »internationalen Jahrs der Freiwilligen 2001« gegründet. Zum 10. Geburtstag würdigte das BBE im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung in den Räumen des ZDF die zurückliegenden 10 Jahre Netzwerkarbeit. Der Vorsitzende des BBE-Sprecherrats, Thomas Olk, bilanzierte die bisherige Arbeit des BBE. Das BBE zählt mittlerweile zu den größten Zivilgesellschaftsnetzwerken in Deutschland. Mit seiner trisektoralen Struktur sind auch spezifische Herausforderungen verbunden: Während für den Staat die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure auf Augenhöhe und die Entwicklung entsprechender Formen von Governance eine echte Herausforderung ist, stellen sich für die Organisationen der Zivilgesellschaft im BBE immer wieder Fragen der Kooperationskultur und -praxis. Für die Unternehmen im BBE ist die Entwicklung strategischer Partnerschaften mit Organisationen der Zivilgesellschaft eine wachsende Herausforderung.

Weitere Informationen Pressemitteilung und Rede von Prof. Dr. Olk unter <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14693>

Presseerklärung Deutscher Kulturrat unter <http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2317&rubrik=2>

Gratulation von Stefan Nährlich unter [http://www.aktive-buerger-schaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2012/10\\_jahre\\_enquete\\_bericht/stefan\\_naehrlich](http://www.aktive-buerger-schaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2012/10_jahre_enquete_bericht/stefan_naehrlich)

*nach oben*

## **Arbeitsgruppe 5 »Migration und Integration«: 35. Sitzung**

Im Mittelpunkt der 35. Sitzung der Arbeitsgruppe 5 »Migration und Integration« am 24. Mai 2012 in Köln stand ein Vortrag zu Sprach- und Integrationsmittlern (SprInt) im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen. Ute Hegener, Projektleiterin im Transferzentrum Sprach- und Integrationsmittlung bei der Diakonie Wuppertal, stellte Arbeitsfelder und Einsatzmöglichkeiten von SprInt in Abgrenzung zu ehrenamtlichen Integrationslotsen sowie das Qualifizierungsmodell von SprInt und die mit ihrem Einsatz verbundenen Chancen für Fachkräfte aus Einrichtungen des Sozialwesens vor. Ziel des im Januar 2012 gestarteten Projektes ist die Einführung des neuen Berufsbildes der SprInt, die Entstehung und Planung von Vermittlerzentralen und die Herstellung von mehr Öffentlichkeit für die neue Dienstleistung durch ein bundesweit agierendes Netzwerk. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die vom BBE mit der AG 5 veranstaltete Tagung »Inklusion durch Partizipation« am 16. und 17. Juni 2012 in Berlin sowie erste Planungen zu einer weiteren Fachtagung im Jahr 2013. Die nächste Sitzung findet am 12. Oktober 2012 in Köln statt.

*nach oben*

## **Ad Hoc Gruppe BE und Forschung**

Am 22. Juni 2012 wird in Berlin die zweite Sitzung der neu konstituierten Ad-hoc Gruppe »Engagementforschung« veranstaltet. Die Sitzungsgäste Dr. Christof Eichert (Herbert Quandt Stiftung) und Dr. Thomas Petersen (Institut für Demoskopie Allensbach) informieren über die Allensbach-Studie: Freiheit und bürgerschaftliches Engagement. Daneben referieren Pfarrer z.A. Stephan Seidelmann (Evangelische Kirche in Deutschland) zur Sonderauswertung des Freiwilligendienstes für die Evangelische Kirche und Dr. Holger Krimmer (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft) sowie Dr. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) zu aktuellen Organisationserhebungen. Thema wird außerdem eine derzeit erstellte Synopse zur Engagementforschung sowie eine geplante Fachtagung zu den Länderauswertungen des 3. Freiwilligen surveys am 2. November 2012 in Berlin sein.

*nach oben*

## **Der Countdown läuft: Bis zum 2. Juli für die Civil Academy bewerben!**

Gemeinsam Gutes tun - dass Zivilgesellschaft und Wirtschaft genau dies können, zeigt das Qualifizierungsprogramm der Civil Academy. Ab sofort können sich junge Engagierte im Alter von 18 bis 27 Jahren für die 15. Runde des Programms bewerben. Die drei Seminarwochenenden finden im September, Oktober und November/Dezember 2012 statt. Die Trainingsinhalte zu den Themen Projektmanagement, Kostenplanung/Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmern darin stärken, ihre gemeinnützigen Projektideen in die Tat umzusetzen. Ein Zertifikat bescheinigt die Teilnahme an allen drei Seminaren. Bewerbungsschluss ist Montag, der 2. Juli 2012. Die Civil Academy ist ein gemeinsames Projekt von BBE und BP Europa SE. Bewerbungen können per E-Mail, postalisch oder direkt über das Online-Formular an das Team der Civil Academy gerichtet werden.

Weitere Informationen unter <http://www.civil-academy.de>

*nach oben*

## **Themenseite »Europa und Internationales« grundlegend überarbeitet**

Die politische Bedeutung der Europäischen Union wächst stetig. Eine stärkere Beteiligung der europäischen Bürgergesellschaft ist daher unerlässlich. Um dies zu ermöglichen, bedarf es weiterhin ausreichender Informationen und vermittelnder Strukturen. Das Projekt »BBE für Europa« setzt an diesem Punkt an. Mit der Themenseite »Europa und Internationales« werden zentrale Themenfelder im Bereich bürgerschaftliches Engagement mit europäischer bzw. internationaler Dimension zugänglich gemacht. Die derzeitigen Bereiche mit aktuellen Themen, Materialien zu Engagementpolitik und Projekten des BBE werden demnächst um Informationen zu europäischen Förderprogrammen ergänzt.

Weitere Informationen unter <http://www.b-b-e.de/index.php?id=europa-internationales1>

*nach oben*

## **Stellenausschreibung: Projektassistenz für Civil Academy**

Das BBE sucht für das Qualifizierungsprogramm Civil Academy ab dem 1. August 2012 bis 31. Dezember 2014 eine Projektassistentin oder einen Projektassistenten für das Gemeinschaftsprojekt Civil Academy in einem Zeitumfang von 39 Std. / Woche (ggf. auch in Teilzeit gemäß § 7 Teilzeitbefristungsgesetz). Das Entgelt richtet sich nach der Entgeltgruppe 8 des TVöD/Bund/Ost mit den üblichen Sozialleistungen in Anlehnung an die Leistungen des öffentlichen Dienstes. Bewerbungen können postalisch und/oder per Mail bis zum 22. Juni 2012 (Posteingang) eingereicht werden.

Weitere Informationen unter [http://www.b-b-e.de/index.php?id=aktuelles\\_meldung&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=18957&tx\\_ttnews\[backPid\]=199&cHash=aec0442ea03847a971df04f4f029400b](http://www.b-b-e.de/index.php?id=aktuelles_meldung&tx_ttnews[tt_news]=18957&tx_ttnews[backPid]=199&cHash=aec0442ea03847a971df04f4f029400b)

## FACHDISKURS

*nach oben*

### Innovationspreis der bagfa: Ausschreibung

Unter dem Motto »Teilhabe und Vielfalt im Engagement gestalten« schreibt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa e.V.) zum neunten Mal den Innovationspreis für Freiwilligenagenturen aus. Bis zum 30. Juni 2012 können sich Freiwilligenagenturen mit Konzepten, Ansätzen und Projekten bewerben und zeigen, wie sie Menschen über das klassische Engagementmilieu hinaus erreichen und Teilhabe und Vielfalt in der Freiwilligenarbeit erfolgreich gestalten. Die Prämierung findet am 5. November 2012 im Rahmen der bagfa-Jahrestagung in Osnabrück statt.

Weitere Informationen unter <http://bagfa.de/index.php?id=7>

*nach oben*

### Kampf gegen Rechtsextremismus: PHINEO-Ausschreibung

Von der geschichtlichen Aufarbeitung der NS-Zeit über Kampagnen- und Vernetzungsarbeit gegen Rechts bis hin zu Ausstiegshilfen und Opferberatung: Gemeinnützige Organisationen leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechtsextremismus in Deutschland. Das Analyse- und Beratungshaus PHINEO untersucht in einem vierstufigen Analyseverfahren, welche Handlungsansätze gemeinnütziger Organisationen im Themenfeld Rechtsextremismus wirkungsvoll sind und zeichnet Projekte mit besonders hohem Wirkungspotenzial mit der PHINEO-Qualitätsempfehlung aus. Diese Projekte werden im Rahmen des PHINEO-Themenreports Rechtsextremismus vorgestellt, der erstmals Strukturen, Handlungsansätze und Fördermöglichkeiten gemeinnütziger Arbeit im Themenfeld beleuchtet und im Sommer 2013 erscheint. Förderpartner des Reports ist die seit Jahren in dem Feld aktive Amadeu Antonio Stiftung. Gemeinnützige Organisationen, die sich im Bereich Rechtsextremismus engagieren, können bis zum 22. Juli 2012 kostenfrei an der PHINEO-Analyse teilnehmen.

Weitere Informationen unter <http://www.phineo.org/themenreports/ausschreibungen/>

*nach oben*

### Bürger und Verwaltung: Veranstaltung

Das Regionalbüro Berlin-Brandenburg der Friedrich-Naumann-Stiftung veranstaltet eine Podiumsdiskussion zum Thema »Bürger gegen Verwaltung? Verwaltung gegen Bürger?« am 11. Juni 2012 in den Räumen der Zeitung Tagesspiegel in Berlin. Hintergrund ist der Befund, dass in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland eine Abkehr vieler Bürger von der Parteiendemokratie und ihrer Strukturen stattgefunden hat, gleichwohl aber ein starkes Interesse an den Belangen und der Gestaltung der unmittelbaren Umgebung besteht. Dies drückt

sich in vielfältigem Engagement aus. Anhand der Situation in Berlin soll diskutiert werden, wie das Verhältnis von engagierten Bürgern und lokaler Politik und Verwaltung aussieht. Werden Projekte partnerschaftlich unterstützt oder werden Initiativen verhindert, gibt es Konkurrenz oder gar gegenseitige Ablehnung?

Weitere Informationen unter [http://www.freiheit.org/webcom/fancyuri.php/\\_c-131/\\_lkm-73/vname-476/vid-1152/i.html](http://www.freiheit.org/webcom/fancyuri.php/_c-131/_lkm-73/vname-476/vid-1152/i.html)

*nach oben*

## **Vernetzt denken und handeln: Generali Zukunftssymposium**

Am 28. und 29. Juni 2012 findet zum vierten Mal das Generali Zukunftssymposium in Köln statt. Ging es 2011 um Wirkungsmessung, so geht es in diesem Jahr um die fehlende Vernetzung als eine Ursache für mangelnde Wirksamkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen und des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen (CSR). »Vernetzt denken - vernetzt handeln!« lautet das Motto der Tagung. An beiden Tagen gibt es hierzu eine Reihe qualifizierter Impulse und viel Gelegenheit zum Austausch.

Weitere Informationen unter <http://www.zukunftssymposium.com>

*nach oben*

## **Menschenrechte und Internet: Publikation**

Nicht erst die Revolutionen im arabischen Raum haben gezeigt, welche Bedeutung das Internet im Kampf für Menschenrechte haben kann. Zugleich dokumentiert die Zensur des Internets in verschiedenen Ländern, dass es selbst ein umkämpfter Raum ist und seine freie Nutzung kein selbstverständlich bestehendes Recht. Mit dem Thema »Menschenrechte und Internet« beschäftigten sich 30 Experten aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft über drei Monate im Rahmen einer Initiative des »Internet & Gesellschaft Co:llaboratory«. Im Zentrum standen die Spannungsverhältnisse von Zugang, Freiheit und Kontrolle. Der Abschlussbericht der Expertenrunde beantwortet die Fragen mit drei Kernthesen: (1) »Das Internet macht nicht alles neu, aber vieles besser« und die Menschenrechte gelten genauso »offline« wie »online«. (2) Die neuen Informationswege und Kommunikationsräume im Internet ermöglichen eine Fokussierung des Engagementpotenzials für Menschenrechte. (3) Zudem sind die Menschenrechte »das ethische Fundament und der rechtliche Anker jedes Entwurfes einer Internet-Governance der Zukunft«. Die Beiträge des Berichtes behandeln unter anderem Schutzlücken, Fallstudien aus Südasien und Südamerika und die Legitimität von Widerstand im Internet. Das »Internet & Gesellschaft Co:llaboratory« ist eine Plattform, um aktuelle Entwicklungen der Digitalisierung der Gesellschaft aus unterschiedlichen Perspektiven zu analysieren und zu diskutieren. Sie wurde 2010 von Google Germany initiiert und kooperiert inzwischen u. a. mit Wikimedia Deutschland und Creative commons.

Abschlussbericht unter

[http://cobase.collaboratory.de/w/Abschlussbericht\\_Menschenrechte\\_und\\_Internet](http://cobase.collaboratory.de/w/Abschlussbericht_Menschenrechte_und_Internet)

## Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 21. Juni 2012. Redaktionsschluss ist der 14. Juni 2012. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dipl.-Pol. Johanna Neuling und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Dieser Newsletter wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)  
- Geschäftsstelle -  
Michaelkirchstr. 17-18  
10179 Berlin-Mitte  
[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein  
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0  
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

## Hinweis

Gefördert vom:

